

Aus dem Netz vom 27,02,2024

Von: DIRK HOEREN

27.02.2024 - 05:01 Uhr

Sattes Plus bei Gehältern und Pensionen – das gibt es ab 1. März nicht nur bei den Beamten, sondern auch bei den Mitgliedern der Ampel-Regierung und beim Bundespräsidenten.

So steigen jetzt die Amtsgehälter:

- ▶ Bundespräsident: Das Amtsgehalt von Frank-Walter Steinmeier (68) einschließlich Stellenzulage steigt von derzeit 21 625 Euro im Monat brutto auf 23 003 Euro. Ein Plus von 1378 im Monat (6,37 Prozent).
- ▶ Bundeskanzler: Das Amtsgehalt von Kanzler Olaf Scholz (65, SPD) samt Ortszuschlag und Stellenzulage erhöht sich von derzeit 20 702 Euro auf 22 083 Euro. Erhöhung um 1381 Euro (6,67 Prozent).
- ▶ Minister: Ein verheirateter Minister ohne Kinder hatte bisher ein Amtsgehalt inklusive Zulagen von 16 816 Euro. Ab März sind es 17 990 Euro und damit 1174 Euro mehr (+6,98 Prozent).

Die Gehaltserhöhungen haben auch Auswirkungen auf die Pensionen der Regierungsmitglieder. Sie haben nach einer Legislaturperiode – also vier Jahren Amtszeit – Anspruch auf 27,74 Prozent des Kanzler- bzw. Ministergehaltes.

So viel steht ihnen nun zu: Ein Kanzler hat nach vier Jahren bisher Anspruch auf 5734 Euro im Monat Ruhegeld und für jedes weitere Amtsjahr von 494 Euro. Ab März sind es 6117 Euro Pension plus 527 Euro für jedes weitere Jahr im Amt.

Minister kommen bisher nach einer Amtsperiode Anspruch auf 4656 Euro im Monat plus 401 Euro für jedes zusätzliche Amtsjahr. Nach der Erhöhung erhalten sie 4982 Euro und 430 Euro pro Amtsjahr danach.

.....
Anmerkung: Ja wie immer fette Bezüge für Beamte ein Plus von 6,37 % genehmigen sie sich selbst.

Wo bleiben denn die Bezüge für Rentner und mit welchem Recht werden die Bezüge nicht auch für Rentner erhöht, auch diese Gruppe z.B. ist ja wegen der Inflation sehr stark betroffen.

Wenn Bezüge erhöht werden, dann bitte für alle, z. B. auch für Rentner, die lasst man außen vor. Ein Minister bekommt also ab März 2024 6.117 € Pension, diese Summe erhält manch ein Rentner erst in 5 Monaten.

Nur 4 Jahre arbeiten (eine Legislaturperiode) Anspruch auf 6.125.- € - Schlaraffenland Deutschland-

Im Übrigen man muss kein Berufsabschluss haben um in der Politik zu arbeiten, also kein Befähigungsnachweis, für ein entsprechendes Amt. In der freien Wirtschaft undenkbar! (?)
Kein Wunder, wenn manches nicht gebacken wird!